

Vogtletter

In dieser Ausgabe:

Auf Seite 2 geht es um die **drohende Blockade bei der Erweiterung der BA Plauen**. Daneben wird hier die **Stiftung zur Finanzierung der Verbraucherarbeit** thematisiert.

Um **Déjà-vu-Erlebnisse** geht es im Kommentar von Rolf Schwanitz auf Seite 2.

Auf Seite 3 **bremst Schwarz-Gelb die Göltzschtalumgehung** aus. Außerdem wird über den **Neujahrsempfang der Hofer SPD** berichtet.

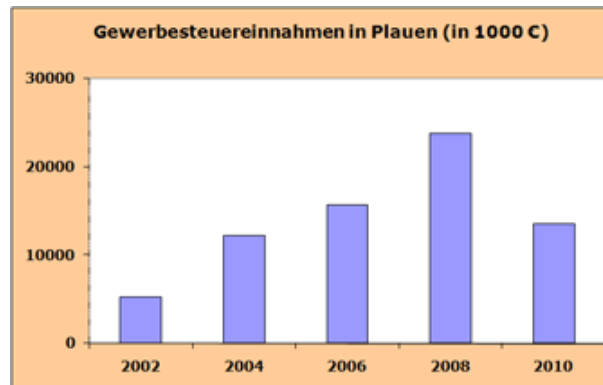
Auf der letzten Seite gibt es den **"Albtraum Atom-müll"**. Ferner kritisiert Schwanitz **den unzureichenden Mittelabruf bei der Breitbandförderung**. Und die **frechen Stroche** machen sich **Gedanken über Abgeordnetenreisen**.

Kurz gemeldet

Schwanitz wendet sich an Landesdirektion

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz hat sich wegen der möglichen Verletzung von Arbeitsschutzbestimmungen bei der Firma Warwick an die Landesdirektion Dresden gewandt. Das ist die zuständige Behörde für die Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen in Sachsen. Schwanitz bittet um Auskunft, welche Schritte die Landesdirektion bisher in dem Fall unternommen hat.

Kommunen brauchen Hilfe



Auch in Plauen sinken die Einnahmen aus der Gewerbesteuer dramatisch ab

Deutschland ist noch nicht aus der Wirtschaftskrise heraus. Bund und Länder, besonders aber die Städte und Gemeinden müssen massiv wegbrechende Steuereinnahmen verkraften. Viele Kommunen sind sogar in einer akuten Notlage. Nach 4,5 Milliarden Euro in 2009 erwarten die Kommunalen Spitzenverbände für das Jahr 2010 ein Rekorddefizit von 12 Milliarden Euro. Dadurch stehen wichtige Leistungen der Kommunen bei Bildung, Integration, Verkehr oder Kultur auf dem Spiel. "Investitionen in Schulen oder Verkehrswege und der Ausbau der Kinderbetreuungsplätze sind gefährdet. Kindergärten müssen vielerorts ihre Gebühren erhöhen. Müll- oder Abwasserentsorgung werden teurer und in vielen Kultureinrichtungen und Theatern wird bald der letzte Vorhang fallen", warnte der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz vor den Folgen des kommunalen Finanzdefizits. Nach seiner Ansicht hat die schwarz-gelbe Bundesregierung all das mit ihren verantwortungslosen Steuerprivilegien für Klientelgruppen noch schlimmer gemacht. Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb Bund und Länder aufgefordert, jetzt sofort ein kommunales Antikrisenpaket von insgesamt 4 Milliarden Euro für die nächsten zwei Jahre aufzulegen. Konkret schlägt sie vor, das Mehrwertsteuerprivileg für Hoteliers rückgängig zu machen und den Kommunen eine volle Kompensation für ihre durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz entstandenen Einnahmeausfälle von 1,6 Milliarden Euro zu zahlen. "Zusätzlich soll der Bund befristet auf zwei Jahre seine Beteiligung an den Kosten der Unterkunft um 3 Prozentpunkte anheben. Dies ergäbe rund 400 Millionen Euro pro Jahr für die Kommunen", erläuterte Schwanitz. Für ihn ist auch klar: Die Länder müssen ihre Verpflichtung zu einer auskömmlichen Finanzierung der Kommunen erfüllen. Denn wenn die Kommunen ihrer Sorge für das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wohl ihrer Einwohner nicht mehr nachkommen können, sind die Pfeiler des Zusammenlebens hier in Deutschland bedroht. "Deshalb brauchen wir in dieser ernsten Situation nicht nur einen Rettungsschirm für die Banken, sondern auch für die Kommunen!" so Schwanitz.

Ein guter Grund zum Feiern



Rolf Schwanitz erhält seine Anerkennungsurkunde für 20 Jahre Mitgliedschaft in der SPD

Am 29. Januar 1990 wurde in Plauen der SPD-Unterbezirk Vogtland gegründet. Um an die gemeinsame Zeit vor 20 Jahren zu erinnern, trafen sich am 5. Februar 2010 über 100 SPD-Mitglieder. Zahlreiche Anekdoten waren zu hören, aber auch der Stolz auf das Erreichte war zu spüren. Immerhin sind noch heute 140 Frauen und Männer dieser ersten Stunde Mitglied der SPD. Der Hofer Landrat Bernd Hering würdigte in seiner Festansprache ihre mutigen Leistungen. Dafür gab es dann auch eine besondere Ehrung. Aus den Händen von Rolf Schwanitz erhielten diese Mitglieder eine Erinnerungsurkunde. Aber auch Rolf Schwanitz selbst wurde geehrt. Er kam im November 1989 über das Neue Forum zur SDP.

SPD startet Anfrage zur BA Plauen im Landtag

Die drohende Blockade bei der Erweiterung der Staatlichen Studienakademie Plauen durch das sächsische Staatsministerium für Finanzen wird Thema im Sächsischen Landtag. Die SPD will in einer kleinen Anfrage von der Sächsischen Staatsregierung wissen, wie es mit dem Ausbau der Staatlichen Studienakademie Plauen weitergeht. Die Antwort der Sächsischen Staatsregierung muss bis Anfang März vorliegen. Der Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz, der die Anfrage angeregt hatte, erklärte dazu: "Seit fünf Jahren trete ich gemeinsam mit dem Initiativkreis für den Ausbau der Staatlichen Studienakade-

mie Plauen ein. Dank der Unterstützung der früheren Wissenschaftsministerinnen Ludwig und Stange (beide SPD) sind wir dabei bisher gut vorangekommen. Wenn nun der kürzlich der CDU beigetretene Finanzminister bei seinen Sparüberlegungen als erstes an Plauen denkt, sieht er die regionalpolitischen Notwendigkeiten offensichtlich nicht."



Campus Amtsberg: Die Plauener Studienakademie soll hier heimisch werden

Schwanitz appellierte nochmals an die beiden Plauener Landtagsabgeordneten Frank Heidan (CDU) und Hans-Jürgen Schuster (FDP), sich innerhalb der Regierungskoalition für die Bereitstellung der notwendigen Mittel einzusetzen.

Kurz kommentiert

Déjà vu

Es ist so ähnlich wie vor 15 Jahren. Damals, nach der Wiederwahl von Helmut Kohl, traf man niemanden mehr, der zugab, beim letzten Mal CDU gewählt zu haben. Nur diesmal geht es um die FDP – jedenfalls vorerst. Die Wahlerfolge der FDP in den letzten Jahren waren ein Phänomen. Auch in Sachsen wählten Tausende die Neoliberalen, obwohl ihre Einkommens- und Lebenswirklichkeit eigentlich gar nichts mit den Zielen dieser Partei gemeinsam hatte. Während das Publikum bei Gysi und Lafontaine längst wusste, dass es sich von diesen zwar gern unterhalten aber nicht regieren lassen will, stand diese Lektion bei Westerwelle und Zastrow noch aus. Das ist nun vorbei. In historisch kurzer Zeit haben beide jetzt dem Wähler diese Lektion eingebläut. Zastrow durch seine Flucht aus dem Kabinett und die Berufung eines Wirtschaftsministers, der in Sachsen zu einer Lachnummer verkommen ist. Die volle Dimension dieser politischen Entblößung offenbart sich daran, dass noch nicht einmal klar ist, ob der Freistaat umgekehrt nicht noch schlimmer dran wäre. Westerwelle durch seine eitle mediale Provokation, mit der er seine Klientelpolitik zu verdecken sucht und doch nur einen tiefen Mangel an Konzept und Eignung fürs Amt beweist. So etwas nennt man Déjà vu – vielleicht nicht nur 2009, sondern auch 2013.

Rolf Schwanitz



Verbraucherpolitik im Mittelpunkt

Bei den Beratungen zum Haushalt des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz stand in der

vergangenen Woche im Haushaltsausschuss die Verbraucherschutzpolitik im Mittelpunkt. Die Finanzkrise hat bekanntlich gezeigt, dass gerade bei Finanzprodukten der Ausbau einer unabhängigen, individuellen Beratung von Verbrauchern unverzichtbar ist und die Aufklärung in diesem Bereich verstärkt werden muss. Die SPD hat deshalb eine Verstärkung der Mittel für den Verbraucherschutz Bundesverband (vzbv) und die Errichtung einer Stiftung zur Finanzierung der Verbraucherarbeit vorgeschlagen. Die Stiftung sollte nach den Vorstellungen der SPD mit Stiftungskapital in Höhe von 50 Millionen Euro ausgestattet werden. "Dies sollte durch Einsparungen und Umschichtungen im Haushalt des BMELV sowie durch die von den Unternehmen zu zahlenden Geldbußen bei Verstößen gegen das Wettbewerbsrecht fi-

nanziert werden", erläuterte Rolf Schwanitz, zuständiger SPD-Berichterstatler. Die Stiftungserlöse sollten der Einrichtung eines "Marktwächters Finanzen" dienen. Dessen Aufgabe wäre es, unlautere Vertriebspraktiken von Finanzprodukten aufzuspüren, zu unterbinden und eine zentrale Rolle bei der Aufklärung der Verbraucher einzunehmen. Sowohl die Einrichtung der Stiftung, als auch die Finanzierung über die Abschöpfung von Unrechtsgewinnen wurde in dem vom BMELV selbst in Auftrag gegebenen Gutachten zu Finanzierungsmodellen für die Verbraucherarbeit empfohlen. Trotzdem wurde der SPD-Vorschlag von den Abgeordneten der Regierungskoalition abgelehnt, die sich damit auch gegen ihre eigene Bundesministerin stellten, die das Stiftungsmodell erst kürzlich favorisiert hatte.



Im Dezember verhängte das Bundeskartellamt eine Geldbuße von 160 Mio. € gegen mehrere Kaffeeröster. Solche Geldbußen sollen die neue Stiftung mitfinanzieren.

Mutig nach vorn schauen



Am 31. Januar war Rolf Schwanitz Gast beim Neujahrsempfang der Hofer SPD. Auf Einladung der Hofer Genossen hielt er vor rund 150 Gästen aus Wirtschaft, Verwaltung, Vereinen und Politik die Neujahrsansprache. Dabei erinnerte er an die Erfolge sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung. Besonders Augenmerk richtete er

auf die erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik, die trotz weltweiter Wirtschaftskrise für Stabilität am Arbeitsmarkt gesorgt hat. Dies ist vor allem ein Verdienst der

ehemaligen SPD-Minister Steinbrück, Scholz und Steinmeier. Demgegenüber hat die schwarz-gelbe Bundesregierung einen glatten Fehlstart hingelegt. Die Kanzlerin handelt politisch feige, das so genannte "Wachstumsbeschleunigungsgesetz" ist eine Farce und die FDP ist zu einer Klientel-Partei verkommen. Dies werde nicht nur bei

dem Steuergeschenk an die Hoteliers deutlich, sondern auch bei der Gesundheitspolitik. Während Lobbyisten der privaten Krankenversicherung mittlerweile an den Schaltstellen des Ministeriums saßen, werden Kritiker der Pharmaindustrie entlassen. Mit schwarz-gelb orientiert sich Politik offensichtlich nur noch an den Interessen einzelner Gruppierungen. Vor diesem Hintergrund, so ermunterte Rolf Schwanitz die Genossen, sollte man mutig nach vorn schauen. Es lohne sich, zu kämpfen, damit die SPD die Politik dieses Landes bald wieder mitgestalten könnte. Denn nur mit der SPD stehe das Gemeinwohl im Mittelpunkt politischen Handelns.

Kurz gemeldet

Schwarz-gelb plündert den Kinder- und Jugendplan

Die Abgeordneten von CDU, CSU und FDP haben in der vergangenen Woche im Haushaltsausschuss den Plänen von Bundesministerin Köhler zugestimmt, die zusätzlichen Modellprojekte gegen Islamismus und Linksextremismus aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans (KJP) zu finanzieren. Die SPD-Fraktion wollte verhindern, dass ausgerechnet Kinder und Jugendliche die Vorstellungen der Bundesministerin zur Extremismusbekämpfung bezahlen müssen. Deshalb hatte sie beantragt, im Bundeshaushalt den Titelantrag des entsprechenden Programms "Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie" direkt um 3 Millionen Euro zu erhöhen. Dies lehnten die Abgeordneten der Regierungskoalition jedoch ab.

Schwarz-Gelb bremst die Ortsumgehung Göltzschtal aus

"Die Absage an einen schnellen Baubeginn der Ortsumgehung Göltzschtal zeigt, dass die Interessen des Vogtlandes im Kabinett Merkel-Westerwelle keine Rolle mehr spielen." Dieses bittere Fazit zieht der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz nach der jüngsten Ankündigung aus den Reihen der schwarz-gelben Koalition zum frühestmöglichen Baubeginn bei der Göltzschtalumgehung ab 2012. Rolf Schwanitz hatte zuvor von der schwarz-gelben Koalition die Absicherung des Baubeginns der Göltzschtalumgehung noch 2010/11 gefordert. Er erinnerte daran, dass die Göltzschtalumgehung unter den damaligen SPD-Bundesverkehrsministern bereits 2003 in den Bundesverkehrswegeplan und 2007 in den Investitionsrahmenplan bis 2010 aufgenommen wurde. "Ich

habe mich damals in schwieriger Zeit als Mitglied der Bundesregierung massiv für die Aufnahme dieses für das Vogtland so wichtigen Projektes eingesetzt", sagte Schwanitz. Dies gelang zu einem Zeitpunkt, so der Abgeordnete weiter, als die Strecke einen noch ungewissen Planungsstand hatte. "Wir stehen heute bei der Göltzschtalumgehung kurz vor dem Baurecht. Es darf nicht sein, dass gerade jetzt der Baubeginn von der schwarz-gelben Bundesregierung verzögert wird", machte Rolf Schwanitz klar. Er sieht bei der Göltzschtal-

umgehung die Koalitionsabgeordneten von CDU und FDP aus dem Vogtland weiter in der Pflicht: "Wer im letzten Bundestagswahlkampf herumgerannt ist und lauthals den schnellen Baubeginn der Göltzschtalumgehung gefordert hat, darf jetzt nicht still sein, sondern muss seinen Wählerauftrag erfüllen."



Jusos Vogtland gegen Kürzung bei Jugendpauerschale in Sachsen

Die Jusos Vogtland kritisieren die Kürzung der schwarz-gelben Landesregierung bei der Jugendpauerschale um 30 % und befürchten drastische Einschnitte bei der kommunalen Jugendarbeit im Vogtland. "Wer bei der Jugendhilfe den Rotstift ansetzt, gefährdet die Zukunft der jungen Generation. Durch diese Maßnahme der Landesregierung wird jungen Menschen in der Region bestimmt keine Perspektive geboten", so Steffen Rauchauf, Juso-Vorsitzender im Vogtland. Die Jusos Vogtland fordern nun den Landrat Dr. Tassilo Lenk und die vogtländischen Landtagsabgeordneten auf, in Dresden gegen diese Kürzung an der falschen Stelle zu protestieren.

Rolf Schwanitz MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030-2277937
Fax: 030-22776937
rolf.schwanitz@bundestag.de

Freiheitsstr. 13
08523 Plauen
Tel: 03741-134118
Fax: 03741-708483
rolf.schwanitz@wk.bundestag.de

**Sie finden mich auch
im Internet:**

www.rolf-schwanitz.de

Aus dem Terminkalender von Rolf Schwanitz:

22.2.2010, 20 Uhr, SPD-Landesgruppe Ost

23.2.2010, 10 Uhr, SPD-Arbeitsgruppe Haushalt

23.2.2010, 15 Uhr, SPD-Bundestagsfraktion

23.2.2010, 18 Uhr, Parlamentarischer Abend der Bundesvereinigung Lebenshilfe

24.2.2010, 14 Uhr, Haushaltsausschuss

25.2.2010, 15 Uhr, Fachgespräch der FES zum Rechtsextremismus

28.2.2010, 9 Uhr, Wanderung mit den Naturfreunden im Vogtland

4.3.2010, 10 Uhr, Haushaltsausschuss (Bereinigungs-sitzung)

Die nächsten Bürger-sprechstunden:

Zur Zeit finden die Sprechstunden von Rolf Schwanitz nur nach individueller Terminvereinbarung statt. Anmeldungen können telefonisch oder auf der Homepage von Rolf Schwanitz vorgenommen werden.

Breitbandförderung in Sachsen kaum genutzt

Die vom Bund über die "Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und Küstenschutz" (GAK) den Ländern zur Verfügung gestellten Mittel zum Ausbau der Breitbandversorgung werden in Sachsen kaum genutzt. Darauf wies der sächsische SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz hin. Er sagte: "Der Freistaat Sachsen hat bisher nur knapp 70.000 Euro bzw. 6 Prozent der zur Verfügung stehenden Mittel für den Breitbandausbau in Anspruch genommen. Angesichts des großen Bedarfs in vielen ländlichen Regionen Sachsens ist das ein Skandal. Umweltminister Frank Kupfer (CDU) muss sich jetzt endlich darum kümmern, dass die zur Verfügung stehenden Mittel auch genutzt werden." Schwanitz unterstrich, dass eine leistungsfähige und bezahlbare Versorgung

mit breitbandigem Internet ein wichtiger Standortfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raums ist. Deshalb ist es für ihn nicht akzeptabel, dass Sachsen bei der Inanspruchnahme der Mittel auch im Vergleich mit anderen Bundesländern weit hinten liegt. Schwanitz erklärte: "Ich begrüße, dass die EU-Kommission den geänderten Fördergrundsatz der GAK im Bereich Breitband jetzt genehmigt hat. Die anderen Länder waren von den beihilferechtlichen Problemen allerdings ebenso betroffen, haben die Mittel aber dennoch deutlich stärker in Anspruch genommen als Sachsen. Schnelles Internet für alle muss endlich auch im sächsischen Umweltministerium oberste Priorität haben. Viele Regionen in Sachsen warten dringend auf Hilfe beim Breitbandausbau."

Albtraum Atommüll



Gegner und Befürworter streiten um die Zukunft der Kernenergie. Neben den laufenden Betriebsrisiken steht im Zentrum eine Angst, die alle teilen: die vor dem Atommüll. Beim atomaren Restmüll handelt es sich um eine Schwachstelle der Atomenergie, ihre Achillesferse, ihren schlimmsten Albtraum. Die

Bevölkerung hat Angst vor dem Atommüll, die Wissenschaft findet keine annehmbare Lösung dafür, die Industrie versucht, zu beschwichtigen und die Politik ist gespalten. Aber wie kann man sich überhaupt eine fundierte Meinung bilden? Der französische Dokumentarfilm "Albtraum Atommüll" re-

Freche Strolche



He Maxe, haste scho gehört: Der Günther is bei der Olympiade!

Na klar Moritz. Den sei Dachebücher sei ja net zu übersehe.

Es fällt scho uff Maxe, wie de Reiseliederade unner Abgeordnete in de letzte Joahr zugenomme ham.

Wie meenstn das Moritz? Kannste dich net mer erinner Maxe? Vor epaar Joahr hat der Hochbaum sogar mit Fernseh uwer sei Ukraine-fahrt berichtet, un nu les mer allwei uwer de Olympiade-fahrt vom Günther. Stimmt Moritz! Möcht nur ma wissen, was da nu der Schwanitz von der SPD dageschn setzt.

Vielleicht schreibt der ooch e Dachebuch uwer sei Sommerurlaub in Dänemark Maxe.

Awer des Moritz, inderesierd doch keene Sau!

Stimmt Maxe. Da hat er ja ma was gemeinsam mitn Günther!

cherchierte in Deutschland, Russland, den USA und Frankreich und versucht, Licht ins interessengeleitete atomare Dunkel zu bringen. Über den Film und politische Hintergründe möchte die Friedrich-Ebert-Stiftung mit Interessierten **am 10.**

März 2010, ab 19 Uhr, im Plauener Malzhaus ins Gespräch kommen. Mit Klaus-Peter Dehde, einem Umweltpolitiker aus Lüchow-Dannenberg und dem SPD-Bundestagsabgeordneten Rolf Schwanitz stehen zwei kompetente Gesprächspartner zur Verfügung. Die Gesprächsleitung hat der Plauer Journalist Lutz Behrens.